

Kann China im **Ukraine-Krieg** die Rolle des Moderators übernehmen?

Oder: Wer meint, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können, wird die Welt in einen Weltkrieg führen!

China pflegt gute Beziehungen sowohl zu Moskau als auch zu Kiew. Innerparteilich schwankt die Volksrepublik zwischen Neutralität und pro-russischen Signalen.

Von **Susanne Weigelin-Schwiedrzik**

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine gibt es zwei Erzählungen über die Bedeutung Chinas für diesen Konflikt. Beide Erzählungen tauchten bereits am ersten Tag nach dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine auf. In der einen steht China fest an der Seite Russlands und weigert sich standhaft, sich den Sanktionen gegen Russland anzuschließen. In der anderen wird hervorgehoben, dass China die NATO-Osterweiterung für die indirekte Kriegsursache hält und die Sicherheitsbedenken Russlands ernst nimmt. Seine Politik der Nicht-Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder sowie der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller durch UNO-Mitgliedschaft anerkannten Staaten sieht China jedoch durch das Vorgehen Russlands verletzt und kann sich deshalb nicht eindeutig auf die Seite Russlands stellen. Beide Erzählungen haben einen unterschiedlichen Ausgangspunkt: Die erste stammt aus dem State Department in Washington; die zweite aus dem Außenministerium der VR China.

Die inner-chinesische Debatte um Chinas Positionierung im Ukraine-Krieg

Damit sollte die Frage, wie China sich im Ukraine-Konflikt positioniert, eigentlich geklärt sein. Ist sie aber nicht. Der Grund ist eine in China anhaltende Debatte über Chinas Haltung zum Ukraine Krieg, in der beide Erzählungen auftauchen. Die Tatsache, dass Putin zur Eröffnung der Olympischen Spiele nach Peking reiste und mit Xi Jinping 15 Verträge unterzeichnete, hat nicht nur in Washington den Eindruck erweckt, Xi habe von Putins Plänen gewusst und ihn vielleicht sogar ermutigt, die Ukraine anzugreifen, sobald die Olympischen Spiele vorüber seien. Auch die pro-russischen Kräfte in China fühlten sich durch Xis Formulierung von

der „grenzenlosen Freundschaft“ zwischen den beiden Ländern darin bestärkt, ihre Überlegungen über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen China und Russland nicht nur in diesem Krieg, sondern überhaupt bei der Schaffung einer neuen Weltordnung auf den Tisch zu legen. In den sozialen Medien erhielten sie dafür viel Zustimmung. Dabei äußert sich Professor Zhang Weiwei von der Fudan Universität besonders deutlich zu diesem Thema. Er vertritt die Auffassung, dass Putin diesen Krieg gewinnen wird und damit der Abstieg der USA als Welthegemon so deutlich würde, dass sich bald viele Länder dem russischen Lager zuwendeten. Als Zwischenstadium sieht er eine multi-polare Ordnung, in der alternative Institutionen der Multilateralität wie BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und SCO (Shanghai Cooperation Organisation) immer stärker wachsen werden. Zugleich gelänge es immer mehr, die Dominanz der USA in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht zu durchbrechen, indem Länder, die nach Eigenständigkeit strebten, die Alternativen, die sich aus der Zusammenarbeit mit Russland und China bieten, nutzten, um aus der USA-dominierten Welt auszubrechen. Wieviele Pole daraus entstehen würden, hat er bisher nicht verraten, aber er ist erstaunlich offen, was die Führungsrolle Russlands in dieser zukünftigen Welt betrifft. Erstaunlicherweise sieht er nicht China an der Spitze einer zukünftigen Weltordnung, sondern Russland.

Wesentlich skeptischer ist sein Kollege, der Russlandexperte Feng Yujun. Er sieht Russland eher in militärischen Schwierigkeiten als auf dem Weg zum Sieg. Russland sei in vielerlei Hinsicht in die Isolation geraten, und die russische Wirtschaft habe unter den Sanktionen schwer zu leiden, so dass Russlands Einfluss auf die Weltwirtschaft in den nächsten Jahren deutlich sinken werde.



Chinas Präsident Xi Jinping bergüßt seinen russischen Amtskollegen Putin während des G20-Gipfels 2016 in Hangzhou.

Für die Ukraine sagt er demgegenüber gute Chancen für einen erfolgreichen Wiederaufbau nach dem Krieg voraus, zumal viele der hausgemachten Probleme in der Ukraine, insbesondere die Konflikte zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Ethnien, im Zuge des Krieges überwunden werden konnten.

Warum versucht China sich in „Neutralität“?

Während die Einschätzung des Russlandexperten weitgehend mit dem übereinstimmt, was in Europa und den USA verlautbart wird, versuchen die „Neutralisten“ einen dritten Weg, wobei dieser nicht nur vom chinesischen Außenministerium, sondern auch von jenen Spezialisten vertreten wird, die den Zeitpunkt für noch nicht gekommen sehen, die Welt auf den Kopf zu stellen und eine neue Weltordnung zu kreieren. Das chinesische Außenministerium hat dabei auch zu bedenken, dass China nicht nur Russland freundschaftlich verbunden ist, sondern auch der Ukraine. 2013 hat die VR China mit der Ukraine einen Vertrag abgeschlossen, in dem sich beide Länder gegenseitiger Unterstützung versicherten, sollten sie sich in ihrer staatlichen Souveränität und territorialen Integrität verletzt sehen. Für den Fall einer nuklearen Bedrohung bekräftigte China seine schon früher abgegebene Verpflichtung, der Ukraine beizustehen. Neben diesen vertraglichen Verpflichtungen hält wohl auch die intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit, welche China und die Ukraine im Zuge der Neue-Seidenstraßen-Initiative entwickelt haben, die Regierung in Peking davon ab, sich einseitig auf die Seite Russlands zu stellen. Vor dem Krieg war die Ukraine zum wichtigsten Partnerland in der Umsetzung der Belt and Road Pläne in Europa avanciert. Derzeit können aufgrund des Krieges Projekte, für welche die chinesische Seite Investitionen im Um-

fange von US\$ 6,64 Milliarden bereitgestellt hat, nicht umgesetzt werden. Die durch die Ukraine verlaufende Eisenbahntrasse zwischen China und Nordeuropa kann nicht mehr benutzt werden.

Letztlich liegt der Politik der „Neutralität“ jedoch die Einschätzung zugrunde, dass China sich selbst in einer äußerst schwierigen ökonomischen und politischen Lage befindet, die verlangt, dass die internationale Lage die Faktoren der Unvorhersehbarkeit nicht noch verstärkt. China steckt derzeit in einer gravierenden Bankenkrise. Die Sparer*innen stehen vor den Toren manch einer Bank Schlange und warten ergebnislos auf die Auszahlung ihrer Einlagen. In der Provinz Shandong ist es bereits zu Bürger*innenprotesten gekommen und es heißt, die Provinzregierung habe die Unterstützung des Militärs angefordert, das mit Panzern die Gebäude der Bank schützen soll. In Shanghai versuchten Pensionist*innen nach dem Lockdown ihre Pensionen abzuholen, nur um getröstet zu werden, man könne wegen Personalmangels nicht so viele Kund*innen auf einmal bedienen. Zum Teil standen die alten Leute seit 2:00 Uhr in der Früh vor der Bank und warteten auf Einlass. Die Immobilienkrise hat weite Kreise gezogen. Nicht nur, dass die erbosten Kund*innen zum Teil die Abzahlung ihrer bereits erworbenen, aber nie fertiggestellten Wohnungen aufgegeben haben. Die Lokalregierungen, die aus dem Verkauf oder der Beleihung von Grund und Boden einen erheblichen Teil ihres Budgets generierten, sind nun in eine Liquiditätsfalle gestolpert, die wiederum bedingt, dass staatliche Investitionen stark zurückgehen und nicht mehr den stützenden Effekt auf die Wirtschaft ausüben, der China in den letzten Jahrzehnten vor allzu gravierenden Wirtschaftskrisen bewahrt hat. Zum Teil fehlt es so sehr an staatlichen Mitteln auf den unteren

Ebenen der Administration, dass die Staatsdiener*innen ihre Gehälter nicht mehr ausbezahlt bekommen. Die erhoffte Wachstumsrate für 2022 von fünf Prozent wurde im letzten Quartal weit verfehlt. Die über das ganze Land einbrechende Lockdown-Welle hat die Wirtschaft in die Knie gezwungen. Die Wachstumsrate lag nach offiziellen Angaben bei 0,4 Prozent.

Die Rolle Xi Jinpings und des bevorstehenden 20. Parteitags der KPCh

Zugleich wartet alles auf den 20. Parteitag. Wird Xi Jinping entgegen den Gewohnheiten, denen sich die Partei seit dem Tod Maos verschrieben hat, zum dritten Mal wiedergewählt? Die schlechte Wirtschaftslage wird zum Teil ihm und seiner unerbittlichen Null-Covid-Politik in die Schuhe geschoben, die komplizierte Weltlage spricht aber dafür, ihm weiter die Führung zu überlassen. Doch steht Xi in Verdacht, an der Spitze der pro-russischen Fraktion in seiner Partei zu stehen. Kürzlich erst hat Putin Xi zu seinem Geburtstag gratuliert und die Situation genutzt, so zumindest die Gerüchte über den Inhalt des Gesprächs, Xis Bereitschaft, Russland bei der Umgehung der Sanktionen zu unterstützen, auszuloten. Dabei war ihm bestimmt bewusst, dass Xi mit seiner „grenzenlosen Freundschaft“ zu Putin noch vor Beginn des Krieges innerhalb der Führungsriege der KPCh große Unruhe ausgelöst hatte. In einer sieben-tägigen Klausur stritt das Politbüro, ob Xi mit diesen Äußerungen nicht zu weit gegangen sei und ob es China nicht schade, sich von Russland zu einer allzu kritischen Haltung gegenüber den USA verleiten zu lassen. Die Kritiker warfen Xi Jinping vor, mit seiner Nähe zu Russland die Gefahr einer indirekten Sanktionierung der chinesischen Wirtschaft heraufbeschworen zu haben. Unter den augenblicklich schwierigen Bedingungen der chinesischen Wirtschaft sei diese aber nicht in der Lage, die Sanktionen abzufangen. Es sei im Gegenteil zu befürchten, dass die chinesische Wirtschaft unter der Last möglicher Sanktionen an den Rand des Abgrunds getrieben werde.

Die Wahl der Worte in der zum Teil auch öffentlich ausgetragenen Debatte zeigt, wie viel auf dem Spiel steht. Die KPCh hat mit ihrer Politik, die wirtschaftliche Entwicklung an die erste Stelle zu setzen, der Bevölkerung eine Loyalität abgehandelt, die nur so lange hält, wie die Lebenssituation der meisten Menschen sich in der VR China verbessert. Schon seit einigen Jahren ist dieser Gesellschaftsvertrag nicht mehr eingehalten worden, jetzt hat aber auch die viel beschworene chinesische Mittelschicht gemerkt, dass sie von der Wirtschaftspolitik unter Xi Jinping nicht mehr profitiert. Zugleich wird sie unruhig, weil ihre Reisefreiheit eingeschränkt wird, ihre Kinder nicht mehr ohne weiteres in den USA und in Großbritannien studieren können und weil sie jederzeit damit rechnen müssen, in einen Korruptionsskandal verwickelt zu werden, der ihnen nicht nur ihren Reichtum, sondern auch leicht ihre Freiheit kosten kann. Wenn erhebliche Teile der Mittelschicht, deren Wohlergehen den Herrschaftsanspruch der KPCh bisher gestützt hat, sich nicht mehr an die Herrschaft der Partei gebunden sieht, dann steht es schlecht um die politische Stabilität in der VR China. Deshalb, so meinen die Vertreter der „Neutralität“, muss die Wirtschaft so schnell wie möglich wieder angekurbelt werden und das bedeutet: Der Krieg in der Ukraine sollte beendet werden und China darf sich von seinen beiden wichtigsten wirtschaftlichen Kooperationspartnern, der EU und den USA, nicht trennen. Auf keinen Fall darf es sich eindeutig auf die Seite Russlands stellen. In den Augen der „Neutralisten“ hat Xi mit seiner Bekundung von der „grenzenlosen Freundschaft“ mit Russland einen Kardinalfehler begangen. Kann so jemand die Partei durch unsichere Zeiten führen?

Kann China die Rolle des Moderators übernehmen?

Solange die Bevölkerung nicht in Massen auf die Straße geht, kann ein innerparteilicher Kompromiss noch gefunden werden. Denn ganz egal, auf welcher Seite die Herren im Politbüro stehen, in einer Frage sind sie sich einig: China hat das Potential, in der zukünftigen Weltordnung eine entscheidende Rolle zu spielen und die rapide Veränderung der internationalen Lage, die durch den Krieg gegen die Ukraine eingeleitet wurde, muss von China genutzt werden, um seinen Anspruch, als eine der Weltmächte anerkannt zu werden, zu verwirklichen. Aus der Position der „Neutralität“ heraus, die natürlich sorgsam gepflegt werden muss, damit keine der Kriegsparteien sich von China schlecht behandelt fühlt, kann China einen Schritt in Richtung seines Ziels machen. Die Vertreter der „Neutralität“ halten an dem Kompromiss fest, weil sie auf einen Zeitpunkt hoffen, da dieser Krieg beendet werden muss und durch den Kampf auf dem Schlachtfeld nicht beendet werden kann. In der Situation stünde China bereit, sich als Moderator anzubieten, in der Hoffnung, bei einer erfolgreichen Verhandlungsführung sein Ansehen in der Welt als Bewahrer oder Wiederhersteller des Friedens erheblich zu verbessern. Vielleicht ist den Herren in Peking das historische Beispiel bekannt, an das man sich halten könnte: Im Krieg zwischen Japan und Russland (1904-1905) lief einiges nicht so, wie die beiden Kriegsparteien, insbesondere Japan, sich das vorgestellt hatten. Japan war zwar insgesamt militärisch erfolgreicher als das russische Zarenreich, aber seine Ökonomie war nicht stark genug, um den Krieg so lange zu unterhalten, wie die Streitkräfte Zeit gebraucht hätten, um ihn zu einem siegreichen Ende zu führen. In dieser Situation bat die japanische Seite die USA, mit denen sie zum damaligen Zeitpunkt sowohl freundschaftlich als auch in Konkurrenz verbunden waren, um Vermittlung. Die Friedensverhandlungen wurden in den USA geführt und waren ein wichtiger Meilenstein zum Aufstieg der USA zu einer anerkannten Weltmacht!

Doch noch ist die Zeit nicht reif. Beide Kriegsparteien meinen, den Krieg für sich entscheiden zu müssen und zu können, und die Stimmen, die sich für eine rasche Friedenslösung einsetzen, bleiben weitgehend ungehört. Viel ist vom Abnutzungskrieg die Rede, und wer wüsste besser als die VR China, was so ein Abnutzungskrieg ist. Im Koreakrieg, an dem die VR China mit ihrer Freiwilligenarmee beteiligt war, standen die Armeen im Jahr 1951 ungefähr da, wo heute die Grenze zwischen Süd- und Nordkorea verläuft. Der Waffenstillstand wurde aber erst nach 18 Monaten des Abnutzungskrieges mit vielen Opfern unter Soldaten und Zivilisten unterzeichnet. Für keine der beiden Seiten hat er einen Vorteil erbracht. Doch kommt der Punkt, an dem die Opfer und Kosten auf beiden Seiten so hoch sind, dass die Beendigung des Krieges auch dann, wenn man seine Kriegsziele nicht erreicht hat, unausweichlich ist. Dies könnte auch im Ukraine-Krieg der Fall sein. Eine zweite Möglichkeit wäre, dass eine der beiden Kriegsparteien nach einem Moderator sucht, so wie dies Japan im russisch-japanischen Krieg getan hat, um dem eigenen ökonomischen oder militärischen Zusammenbruch zuvorzukommen. Im oben angeführten historischen Beispiel war es Japan, das militärisch als stärker wahrgenommen wurde, das jedoch seinen ökonomischen Zusammenbruch antizipierte und deshalb das Ende des Krieges ermöglichen wollte. Die wahrscheinlichste Variante ist aber wohl eine ganz andere: Die ökonomische Lage weltweit verschlechtert sich dermaßen, dass es überall auf der Welt zu sozialen Verwerfungen kommt. In der Situation könnte es sein, dass die Seite im Kriegsgeschehen, die meint, den längsten Atem zu haben, nämlich die USA und Europa, dringend die Beendigung des Krieges herbeiführen müssen, um eine globale soziale Destabilisierung zu vermeiden.



Aleksai Ignalov / Shutterstock

Die russisch-chinesische Grenze entlang des Amur-Flusses. Blick vom Dammbau der Stadt Blagoveshensk, Russland bis zur Stadt Heihe, China.

Doch wird derzeit in der Öffentlichkeit nicht über eine Vermittelfunktion Chinas nachgedacht, und die USA halten an ihrer skeptischen Haltung gegenüber Chinas „Neutralität“ fest. Gleichzeitig trifft Sicherheitsberater Sullivan immer wieder mit Yang Jiechi, dem Mitglied des Politbüros der KPCh, das für außenpolitische Fragen zuständig ist, zu ausführlichen Gesprächen zusammen. Von deren Inhalt teilen beide Seiten jedoch wenig mit. Vor kurzem hat die chinesische Nachrichtenagentur CNA ein Interview mit dem ukrainischen Außenminister Kuleba veröffentlicht, in dem Kuleba China auffordert, auf Russland einzuwirken, um den Krieg möglichst rasch zu einem Ende zu bringen. Aber schon einen Tag nach der Veröffentlichung hat Präsident Selenskyj in einer seiner allabendlichen Ansprachen mitgeteilt, der Krieg müsse bis zu einem militärischen Sieg weitergefochten werden. Seitdem hat man von Kuleba auch nichts mehr gehört, was die in China veröffentlichten Aussagen unterstrichen hätte. Hinzu kommt, dass einen Tag nach Kuleba auch der russische Außenminister in der chinesischen Presse zu Wort kam. Seine Äußerungen machten deutlich, dass auf der russischen Seite Verhandlungen derzeit nicht auf der Tagesordnung stehen. Die Veröffentlichung der beiden Interviews zeigt also nur eins: dass die chinesische Seite bereit ist, als Moderator zu fungieren!

Die Rolle Taiwans

Vorerst wird China wohl noch nicht in dieser Rolle gebraucht, denn keiner der direkt oder indirekt Beteiligten ist an einer Verhandlungslösung unter Mitwirkung der VR China derzeit interessiert. Der „Westen“ hat sich auf einen langanhaltenden Krieg eingestellt und setzt, wenn auch in Nuancen unterschiedlich, auf einen militärischen Sieg der Ukraine; der russische Außenminister Lavrov hat kürzlich während seines Afrikabesuches mitgeteilt, der Krieg werde noch ausgeweitet. Dabei ist nicht klar, worauf Russland abzielt: Dient die Ausweitung der Verbesserung der Verhandlungsposition, insbesondere in Hinblick auf die Aufhebung der Sanktionen? Oder geht es darum, die Ukraine entlang des Dnjepr zu teilen und damit im Vergleich zum augenblicklichen Stand der Dinge noch erhebliche Territorialgewinne einzufahren, bevor an ein Ende des Krieges gedacht werden kann? Die Ukraine schwankt zwischen

eigenen, sich ausschließlich auf die Situation in der Ukraine beziehenden Kriegszielen, und der Auffassung, es ginge bei diesem Krieg um weit mehr als das Territorium der Ukraine zu verteidigen.

Für die chinesische Seite sind diese Entwicklungen auch bezogen auf die eigenen Pläne gegenüber Taiwan von größtem Interesse. Tag für Tag können die Analysten in China beobachten, welche Maßnahmen welche Effekte erzeugen, wie militärische, ökonomische und propagandistische Maßnahmen sich gegenseitig verstärken oder eben das Gegenteil von dem hervorbringen, das ursprünglich geplant war. All diese Erkenntnisse können dann auf Taiwan bezogen werden. Auf der Seite Taiwans

betrachtet man mit derselben Anspannung die Lage, liefert der Öffentlichkeit immer wieder genaue Analysen der militärischen Vorgangsweise seitens der ukrainischen Armee und kommuniziert mehr als in der Vergangenheit über die Möglichkeit eines bevorstehenden chinesischen Angriffs. Insgesamt ist die Situation für die VR China eher schwieriger als leichter geworden.

Klar ist, dass ein Angriff auf Taiwan mit dem Ziel, Taiwan in die Jurisdiktion Pekings zu zwingen, nur erfolgen kann, wenn China sich der Unterstützung durch Russland sicher ist. Diese Unterstützung hat China schon zwei Mal in den fünfziger Jahren gefehlt, als Mao Zedong Vorbereitungen zur „Befreiung“ Taiwans unternahm. In beiden Fällen wurde der Versuch nicht unternommen, nachdem klar war, dass China nicht auf eine Unterstützung durch die SU rechnen konnte. Jetzt ist die Konstellation eine andere: Putin mag darauf hoffen, dass die VR China die augenblickliche Situation nutzt, um ihren Angriff auf Taiwan zu lancieren, würde dies doch Kräfte der USA im Pazifik binden und damit die Ausweitung des Krieges mit Einbezug amerikanischer Truppen eher unwahrscheinlich erscheinen lassen. Aber Xi ist durch den inner-parteilichen Kompromiss gebunden. Er darf Putin in dessen Krieg gegen die Ukraine nicht unterstützen und kann in weiterer Folge auch kaum auf dessen Unterstützung für einen Angriff gegen Taiwan hoffen. Wenn jedoch Joe Biden den Eindruck erweckt, dass er die NATO nach Ostasien ausweiten möchte, wird der inner-parteiliche Kompromiss auf eine neue Geschäftsgrundlage gestellt und an ihr zerbrechen. Der Professor der Fudan-Universität Zhang Weiwei sagte kürzlich in einer seiner Fernsehsendungen, Russland habe sechs Mal zugeschaut, wie die NATO sich nach Osten erweitert habe. China würde nicht ein einziges Mal zuschauen. Die Nachricht ist eindeutig: Wer meint, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können, wird die Welt in einen Weltkrieg führen! 🌐

Susanne Weigelin-Schwiedrzik ist Universitätsprofessorin für Sinologie am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Wien.

E-Mail: susanne.weigelin-schwiedrzik@univie.ac.at